

Antragsteller/in	Freie Wähler im Rems-Murr-Kreis	
Antrag / Betreff	Senioren-Jahresabo Einführung eines Senioren-Jahresabos gegen eine Verzichtserklärung der Fahrerlaubnis.	
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Finanzwirksamer Antrag	<input type="checkbox"/> Nicht-finanzwirksamer Antrag
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Aufwand	<input type="checkbox"/> Reduzierung <input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Einzahlung <input checked="" type="checkbox"/> Auszahlung
	um _____ 143.000 _____ €	
Deckungsvorschlag (bei Aufwands- / Auszahlungserhöhung)	Die erhöhten Aufwendungen können durch das langfristig steigende Fahrgastaufkommen voraussichtlich vollständig finanziert werden. Bis dahin können die auf den Landkreis entfallenden Mehraufwendungen aufgrund der guten Ergebnisse im Haushaltsjahr 2019 bzw. im Haushaltsjahr 2020 sowie aufgrund des gestiegenen Steuerkraftaufkommens im Jahr 2021 finanziert werden.	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2021 <input checked="" type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend	
Hintergründe / Begründung	<p>Der Fraktion der Freien Wähler im Rems-Murr-Kreis ist es ein Anliegen, ein Jahresabo im Landkreis für Seniorinnen und Senioren anzubieten.</p> <p>Das Senioren-Jahresabo ermöglicht Seniorinnen und Senioren einen leichteren Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Durch die Einführung dieses Angebotes könnten somit Straßenverkehrsunfälle verringert werden, aber auch der CO₂-Ausstoß könnte reduziert werden. Die Einführung des Angebotes würde also einen lokalen Beitrag sowohl zur Verkehrssicherheit, als auch gegen den globalen Klimawandel leisten.</p> <p>Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt bei uns aktuell rund 44 Jahre. Unsere Seniorinnen und Senioren leben zum Teil im ländlichen Raum des Rems-Murr-Kreises. Aufgrund von noch teilweise nicht ausgebauter öffentlicher Verkehrsanbindung ist es voraussehbar, dass gerade diese Zielgruppe nicht auf ihre Fahrerlaubnis verzichten möchte bzw. nicht</p>	

	<p>verzichten kann. Hier sollte deshalb seitens des Landkreises ein Schwerpunkt in der Mobilitätswende gelegt werden.</p> <p>Das Angebot soll zunächst auf zwei Jahre befristet gelten. Der Förderanteil des Rems-Murr-Kreises würde im ersten Jahr 50 Prozent betragen. Bei geschätzten 500 Anträgen, die voraussichtlich gestellt werden, wären dies rund 143.000 EUR. Im zweiten Jahr würde der Rems-Murr-Kreis 25 Prozent der Kosten des Angebotes übernehmen. Es wird dabei von weiteren rund 250 Anträgen ausgegangen. Dies ergibt eine Summe in Höhe von 36.000 EUR.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Der VVS bietet bereits ein sehr günstiges und attraktives Senioren-Abo an. Es kostet 47,40 Euro monatlich und ist im gesamten VVS-Netz gültig. Dieses Ticket könnte durch eine zusätzliche Förderung durch den Landkreis noch attraktiver gestaltet werden. Die Verwaltung hält es vor diesem Hintergrund allerdings für sachgerecht, dies nochmals aufzuarbeiten und mit dem VVS abzustimmen. Diese Aufarbeitung ist angesichts der Pandemie aus Sicht der Verwaltung auch möglich, zumal die Verwaltung angesichts der derzeitigen Pandemie-Lage empfiehlt, mit einem solchen Angebot erst dann zu werben, wenn dies die Situation erlaubt. Dies wird frühestens Ende des 1. Quartals 2021 möglich sein.</p> <p>Die Verwaltung kann sich vorstellen, Seniorinnen und Senioren gegen Rückgabe ihres Führerscheins ein 365-Euro-Ticket anzubieten. Dies würde bedeuten, das bestehende SeniorenTicket des VVS zum Preis von derzeit 568,80 Euro jährlich mit 203,80 Euro pro Ticket zu bezuschussen. Damit würde zum einen ein attraktiver Anreiz zur Führerscheinrückgabe geschaffen, zum anderen würde ein mögliches 365-Euro-Ticket, das unter anderem im Haushaltsantrag 2020/1-12 der SPD-Fraktion angeregt wird, gezielt zur Unterstützung spezieller Fahrgastgruppen eingesetzt werden, was die finanzielle Belastung für den Kreishaushalt begrenzen würde.</p>
Beschlussempfehlung	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten und im Umwelt- und Verkehrsausschuss im 1. Halbjahr 2021 einzubringen.</p>